



**Vorlagenummer:** AF/12268/25  
**Vorlageart:** Anfrage  
**Öffentlichkeitsstatus:** öffentlich

## Anfrage "Erhalt des Jungheinrich-Standorts" (Anfrage von Ratsfrau Esders vom 18.12.2025, eingegangen am 18.12.25)

**Datum:** 19.12.2025  
**Federführung:** 01 - Büro der Oberbürgermeisterin  
**Organzuständigkeit:** RAT

### Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Hansestadt Lüneburg	12.02.2026	Ö

### Sachverhalt

Die Verwaltung beantwortet die beigefügte Anfrage wie folgt:

1. Handelt es sich bei der genannten Zahl von 140 Arbeitsplätzen um eine verbindliche Zusage des Jungheinrich-Konzerns oder lediglich um eine unverbindliche Absichtserklärung?

Dies wurde der Oberbürgermeisterin am Tag der Ratssitzung, dem 11.12.2025, verbindlich per E-Mail so mitgeteilt.

2. Liegt der Stadt Lüneburg hierzu eine schriftliche Bestätigung, Vereinbarung oder sonstige belastbare Grundlage des Unternehmens vor?

s. 1

3. Bezieht sich die Aussage auf einen dauerhaften Erhalt dieser Arbeitsplätze in Lüneburg oder lediglich auf eine zeitlich befristete Übergangslösung?

Zum Zeitpunkt der Ratssitzung waren der Verwaltung weder die Vertragspartner noch der Inhalt der Vertragsverhandlungen bekannt. Inzwischen wurde der Verwaltung von beiden Vertragspartner bestätigt, dass die nun vertraglich fixierte Lösung auf dem Werum-Campus langfristig angelegt ist.

4. Welche konkreten Informationen liegen der Stadtverwaltung zu dem geplanten Engineering-Center vor (u. a. Zeitraum, Standort, Aufgabenbereiche, Beschäftigtenzahl)?

Die Jungheinrich AG mietet am Hartmut-Krome-Campus eine rund 1.540 m<sup>2</sup> große Fläche. Diese befindet sich in den 2017 errichteten Bürogebäuden „Cube 5“, „Cube 6“ und dem Verbindungsbaus „Transition“ am Hartmut-Krome-Campus in der Wulf-Werum-Straße in Lüneburg. Insgesamt arbeiten hier künftig rund 140 Jungheinrich Beschäftigte, vornehmlich aus den Bereichen Konstruktion und Engineering sowie aus administrativen Konzernfunktionen der Jungheinrich AG. Die Laufzeit des Mietvertrags beginnt am 1. März 2026 und gilt zunächst bis Ende 2033. Der Vertrag beinhaltet Verlängerungsoptionen bis mindestens 2043. Das

Unternehmen will damit nach eigener Aussage eine langfristige Standortsicherung gewährleisten.

5. Wie erklärt die Stadtverwaltung, dass einerseits von Zusagen zum Erhalt von Arbeitsplätzen gesprochen wird, andererseits jedoch bislang keine Gespräche zwischen der Unternehmensleitung und der IG Metall sowie den Beschäftigten geführt wurden?

Hierbei handelt es sich um Informationen des Unternehmens Jungheinrich, welche die Oberbürgermeisterin zur Information dem Rat in der Sitzung mitgeteilt hat.  
Nach Kenntnis der Verwaltung haben diese Gespräche inzwischen begonnen.

6. Wie bewertet die Stadtverwaltung diese Aussagen vor dem Hintergrund des erklärten Ziels, den Standort Lüneburg insgesamt zu erhalten?

Wie in der besagten Ratssitzung erläutert, hat sich die Oberbürgermeisterin von Beginn an für den Erhalt des gesamten Standortes eingesetzt und gleich im Sommer den Ministerpräsidenten hinzugezogen.

Auch mit seiner Unterstützung war die Unternehmensentscheidung nicht umkehrbar.  
Aus Sicht der Stadtverwaltung ist der Verlust von 190 Arbeitsplätzen schmerzlich für die Beschäftigten und für die Stadt.

Mit Erleichterung haben wir nach weiteren Gesprächen die Entscheidung aufgenommen, dass zumindest 140 statt der ursprünglich angestrebten 100 Arbeitsplätze auf dem Stadtgebiet Lüneburgs verbleiben und nicht in die Region verlagert werden.

## **Klima und Nachhaltigkeit**

keine

## **Finanzielle und personelle Auswirkungen**

keine

## **Anlage/n**

Anlage 1: Anfrage Ratsfrau Esders Erhalt des Jungheinrich Standortes (öffentlich)

Hansestadt Lüneburg  
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch  
Am Ochsenmarkt 1  
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 18. Dezember 2025

**Anfrage zum Erhalt von Arbeitsplätzen am Jungheinrich-Standort und fehlender Einbindung der IG Metall**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in der Dezember-Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg teilte die Oberbürgermeisterin mit, dass sie sich für die Belegschaft und den Erhalt des Jungheinrich-Standortes in Lüneburg einsetze. In diesem Zusammenhang wurde ausgeführt, dass in Gesprächen mit Vertreter\*innen des Jungheinrich-Konzerns die Zusage gemacht worden sei, das Engineering am Standort Lüneburg zu erhalten. Konkret wurde benannt, dass 140 von derzeit rund 380 Arbeitsplätzen in einem Engineering-Center auf städtischem Gebiet verbleiben sollen.

Diese Aussagen stehen im deutlichen Spannungsverhältnis zur aktuellen Situation vor Ort: Bislang hat es nach Kenntnisstand weder verbindliche Gespräche zwischen der Unternehmensleitung und der IG Metall noch mit der Belegschaft gegeben. Gleichzeitig befinden sich die Beschäftigten in einem Arbeitskampf, da weiterhin erhebliche Unsicherheit über die Zukunft des Standorts besteht.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Handelt es sich bei der genannten Zahl von 140 Arbeitsplätzen um eine verbindliche Zusage des Jungheinrich-Konzerns oder lediglich um eine unverbindliche Absichtserklärung?
2. Liegt der Stadt Lüneburg hierzu eine schriftliche Bestätigung, Vereinbarung oder sonstige belastbare Grundlage des Unternehmens vor?
3. Bezieht sich die Aussage auf einen dauerhaften Erhalt dieser Arbeitsplätze in Lüneburg oder lediglich auf eine zeitlich befristete Übergangslösung?
4. Welche konkreten Informationen liegen der Stadtverwaltung zu dem geplanten Engineering-Center vor (u. a. Zeitraum, Standort, Aufgabenbereiche, Beschäftigtenzahl)?

5. Wie erklärt die Stadtverwaltung, dass einerseits von Zusagen zum Erhalt von Arbeitsplätzen gesprochen wird, andererseits jedoch bislang keine Gespräche zwischen der Unternehmensleitung und der IG Metall sowie den Beschäftigten geführt wurden?
6. Wie bewertet die Stadtverwaltung diese Aussagen vor dem Hintergrund des erklärten Ziels, den Standort Lüneburg insgesamt zu erhalten?

Angesichts der großen Verunsicherung der Belegschaft, der laufenden Streikmaßnahmen und der erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung des Standorts für die Region ist eine transparente, belastbare und öffentlich nachvollziehbare Darstellung der tatsächlichen Zusagen des Unternehmens zwingend erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen



Die Linke